Heft 4-2023 | EUR 9,00 | C 12232

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

Alfred Roth: ver.di und die Digitale Transformation

Christoph Ehlscheid: Ringen um die Aktienrente

Beiträge u.a. von
Ulrike Eifler, Susanne Ferschl, Jan Richter, Göran Therborn, Christoph Spehr, Lutz Brangsch, Hinrich Kuhls, Hartmut Reiners, Roland Kulke, Mario Keßler

Forum Gewerkschaften

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion zwischen den monatlichen Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

Neue Bankenpleiten und das Finanzsystem

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck propagiert in Sachen Bankenkrise Entwarnung: Nach der am Wochenende organisierten Übernahme der in Schieflage geratenen Credit Suisse durch die UBS gebe es keinen Anlass zur Beunruhigung. [...]

Eskalation der Rentenproteste in Frankreich

Für Staatspräsident Emmanuel Macron gibt es nach den überstandenen Misstrauensanträgen gegen die Ministerpräsidentin keinen Grund zur Kabinettsumbildung, Auflösung des Parlaments oder einem Referendum. In der Rentenfrage kennt er nach eigenem Bekunden »kein Bedauern und keine Skrupel«. [...]

Ausverkauf bei Galeria Karstadt Kaufhof

Galeria Karstadt Kaufhof macht 52 Filialen dicht, über 5.000 Beschäftigte werden ihren Job verlieren. Nach dem Schließungs-Schock kündigt ver.di massiven Widerstand an, attackiert den Skandal und mobilisiert bundesweit Proteste gegen das Aus der Kaufhäuser. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Heft Nr. 4 | April 2023 | 50. Jahrgang | Heft Nr. 482

Klimaalarm

Björn Radke: Weltklimarat: Klimawandel entschärfen 2

Joachim Bischoff/Björn Radke: Umweltschäden mindern deutsche Wirtschaftsleistung 5

Verteilungs- & Wahlkämpfe

Bernhard Müller: Inflation provoziert Verteilungskonflikte 9

Christoph Spehr: Der lange Schatten Berlins. Landtagswahl in Bremen: Bewährungsprobe für Rot-Grün-Rot und für DIE LINKE 15

Hartmut Reiners: Krankenhausreform – Schwerpunkte und Hindernisse 20

Neue Welt(un)ordnung

Lutz Brangsch: Russländische Linke in der Vielfalt der Oppositionen 24

Roland Kulke: Das hindunationalistische Projekt in Indien 28

Hinrich Kuhls: 25 Jahre Friedensprozess in Nordirland Vom Belfaster Vertrag zum Windsor-Rahmenabkommen 33

Forum Gewerkschaften

Karl Wolff: Wenn die Basis aufbegehrt Studentische Beschäftigte im Arbeitskampf 38

Christoph Ehlscheid: Ringen um die Aktienrente 41

Richard Detje/Otto König: Gute Arbeit im Krisenjahrzehnt. Einblicke des DGB Index Gute Arbeit in die Wahrnehmung der Arbeitsgesellschaft 42

Alfred Roth: Digitale Transformation in Zeiten der Vielfachkrise Herausforderungen für die ver.di-Fachgruppe Druck, Verlage, Papier und Industrie 45

Die Linke im 21. Jahrhundert

Göran Therborn: Die Herrschaft der herrschenden Klasse und ihr Wandel Die Linke im 21. Jahrhundert vor neuen Herausforderungen 49

Joachim Bischoff: Neue Betriebsweise und Umwälzung der Weltordnung im 21. Jahrhundert 53

Erinnerung | Debatte

Mario Keßler: Heldentum und Tragik Zum 125. Geburtstag von Paul Robeson 58

Ulrike Eifler/Susanne Ferschl/Jan Richter: Die Zukunft der Linkspartei 64

Impressum | Veranstaltungstipps | Film

Impressum 67

Tipps zum Hingehen oder Online 68

Klaus Schneider: Tár (Filmkritik) 69

Supplement

Benjamin-Immanuel Hoff: **Über die Praxis linken Regierens**
Die rot-rot-grüne Thüringen-Koalition

Digitale Transformation in Zeiten der Vielfachkrise

Herausforderungen für die ver.di-Fachgruppe Druck, Verlage, Papier und Industrie

von ■ Alfred Roth

Foto: picture alliance/dpa

Die Zeiten sind schwierig und stellen uns vor große politische und gesellschaftliche Herausforderungen. Wir erleben nicht nur eine Krise, sondern eine Vielfachkrise.

1. Politische Herausforderungen

Vielfachkrise

Wir haben immer noch mit den Folgen der Finanzmarktkrise, Euro-Krise und der damit verbundenen Staatsschuldenkrise ab dem Jahr 2007 und der Corona-Pandemie zu kämpfen. Hinzu kommen die Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine.[1] Außerdem wird die Klimakrise immer heftiger. Dürre, regionale Brände und Wasserknappheit oder Starkregen, Orkanböen und Flutwellen wie im Ahrtal zeigen deutlich, was die Uhr geschlagen hat. Dennoch wird noch immer so getan, als seien mit dem Drehen an einigen Stellschrauben die Probleme gelöst. Allein schon der Ausbau erneuerbarer Energien kommt nur zögerlich voran. Die Windenergie und die Solartechnik stoßen weiterhin auf erheblichen Widerstand. Selbst wenn hier Tempo gemacht würde, reicht die erforderliche Energie nicht für eine kontinuierliche Versorgung aus. Das ist die Folge jahrzehntelanger verfehlter Politik.

Zu den genannten Krisenphänomenen kommt nicht zuletzt eine Legitimationskrise der Demokratie hinzu, weil das Vertrauen in die Politik bei einem großen Teil der Bevölkerung verloren ging. Das zeigt sich schon länger an der Wahlbeteiligung. Die Unzufriedenheit wird von den Rechtspopulisten, Alt- und Neofaschisten aller Couleur, sogenannten Querdenkern und Verschwörungstheoretikern gekapert und instrumentalisiert, um die demokratische Ordnung zu zerstören. Dies gilt für Deutschland wie für Europa.

Forum Gewerkschaften

Aus analytischer Sicht macht es Sinn, die dem Kapitalismus strukturell und systemimmanent innewohnenden Krisen (nach Marx: Massenarbeitslosigkeit,

Dr. Alfred Roth war langjähriger Betriebsratsvorsitzender bei der Verlagsgruppe Rhein-Main und ist Mitglied des ver.di Bundesfachgruppenvorstandes Druck, Verlage, Papier und Industrie. Dieser Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Referats auf der Bundesfachgruppenkonferenz am 11. und 12. Februar 2023.

[1] Das Thema Krieg klammere ich bewusst aus, da es an dieser Stelle nicht in der gebührenden Ausführlichkeit und Differenziertheit darzustellen ist.

zyklische Krisen, tendenzieller Fall der Profitrate) von externen Krisen wie Natur- und Hungerkatastrophen, Pandemien, Klimawandel oder Kriege zu unterscheiden.

Sozial-ökologische Transformation

Die stark auf die fossilen Energiequellen angewiesene Metall-, Elektro- und Chemische Industrie stehen vor großen Herausforderungen, haben sie bisher von den billigen Rohstoffen gelebt und ihr Exportmodell z.B. die Auto-Industrie, darauf aufgebaut.

Aber auch die Druckindustrie und die Papier-, Pappe- und Kunststoffverarbeitende Industrie sind mit der Ressourcenknappheit konfrontiert. Jede Produktion verbraucht Ressourcen und belastet die Umwelt. Auch die Kommunen und nicht zuletzt privaten Haushalte sind existenziell betroffen.

Da ein Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft unvermeidbar ist, stellt sich auch die Frage nach den Arbeitsplätzen. Wie kann hier ein ähnlicher Wandel wie im Bergbau sozialverträglich gelingen? Dazu bedarf es vieler einzelner Schritte. Es bedarf vor allem einer gemeinsamen Anstrengung von ökologischen Basisgruppen, Umweltverbänden, Nachhaltigkeitsinitiativen, Projekten alternativen Wirtschaftens, Wissenschaftlern und sozialen Bewegungen, Parteien und nicht zuletzt den Gewerkschaften. Dabei muss man in aller Deutlichkeit feststellen, dass die Gewerkschaften sich bisher viel zu wenig mit dem Thema »Klimaschutz und seine Folgen« beschäftigt haben. Gerade den energieintensiven Branchen steht ein großer Umstrukturierungsprozess bevor, der die Beschäftigten hart treffen wird, wenn es nicht gelingt, die Produktion so umzustellen, dass qualifizierte Arbeitsplätze nicht nur erhalten, sondern ausgeweitet werden. Danach sieht es zurzeit nicht aus.

Damit komme ich zu den systemimmanenten Krisen des kapitalistischen Systems, seinen neo-liberalen Strategien der Krisenlösung und den damit induzierten sozialen und gesellschaftlichen Folgen.

Neoliberale »Konterrevolution«

Die Befürworter dieser Politik wollen die Wirtschaft frei von staatlichen Eingriffen halten und vor allem von der Mitbestimmung durch Betriebsräte und durch Gewerkschaften. Der herrschenden Klasse und ihren politischen Eliten geht es allein darum, die Verwertungsbedingungen des Kapitals ständig zu verbessern, die Profite zu steigern und die Einkommen der Beschäftigten auf ein Minimum zu beschränken, während es das Interesse der Beschäftigten ist, die Löhne und Gehälter zu erhöhen und den Lebensstandard zu verbessern. Dieser Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit konnte trotz erfolgreicher Kämpfe der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften nicht überwunden werden. Ganz im Gegenteil, der Interessengegensatz und infolge dessen auch die Klassengegensätze haben sich in den letzten 20 Jahren zunehmend verschärft.

Es hat in der alten Bundesrepublik allerdings bis in die 1980er-Jahre gedauert, bis der neoliberale Einfluss sich in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft durchgesetzt hatte. Die Ära Kohl, die rot-grüne Koalition mit ihrer »sozialpolitischen Konterrevolution« (Seppmann) und auch die Merkel-Regierungen haben hier ganze Arbeit geleistet und die sozialen Gräben vertieft.

Was in den Nachkriegsjahren aufgrund der besonderen Verhältnisse der »Wirtschaftswunderjahre« (Nachholbedarf) an Einkommenszuwächsen und sozialstaatlichen Errungenschaften in der Arbeitslosen- und Sozialversicherung, in der Rentenpolitik usw. erreicht wurde, geriet in der Wirtschaftskrise der 1980er-Jahre zu einer Abschwächung der Konjunktur mit einer längerfristigen Stagnation des Wirtschaftswachstums. Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang von einer säkularen Stagnation als einer Verwertungskrise des Kapitals oder, mit Marx gesprochen, vom tendenziellen Fall der Profitrate.

Dies nahmen die Konzern- und Unternehmensleitungen zum Anlass, die Betriebe strukturell umzubauen. Mit den Mitteln der Betriebsschließungen, Massenentlassungen, Auslagerungen ins Ausland oder Tarifflucht wurde die Lohnquote drastisch gesenkt. Mit der dauerhaft hohen Massenarbeitslosigkeit und der Belastung des Sozialetats begründete die Regierung Schröder/ Fischer ihre Agenda-Politik. In Wahrheit ging es nur um ein für die Kapitalverwertung günstigeres Arbeitsregime. Über die letzten Jahrzehnte hat sich mit dieser sozialpolitischen Konterrevolution ein zahlenmäßig stabiler Niedriglohnsektor mit prekären sozialen Verhältnissen gebildet, der als probates Druckmittel von der Politik und in den Unternehmen und Betrieben als Disziplinierungsmittel eingesetzt wird. Mit der Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes und dem damit verbundenen sozialen Abstieg werden Belegschaften erpresst. So werden Kernbelegschaften und Leiharbeitnehmer gegen einander ausgespielt, was die Kampfkraft der Gewerkschaften bis heute enorm schwächt.

Seit der Einführung von Hartz IV hat sich über die Jahre eine große Gruppe von Menschen herausgebildet, die in äußerst prekären finanziellen und sozialen Verhältnissen lebt. In weiten Teilen kann man neben der finanziellen Not auch von einer psycho-sozialen Verelendung sprechen.

Kurz zusammengefasst haben wir es seit vielen Jahren mit einer Intensivierung der Ausbeutung und sozialen Schieflage zu tun. Dennoch ist das Widerstandspotenzial nicht gewachsen. Im Gegenteil – es findet ein Rückzug ins Private statt.

2. Digitale Transformation

Wer die Frage nach der Digitalisierung unter der Alternative »Fortschritt oder Fluch« stellt, sollte sich bewusst sein, dass technologischen Revolutionen und technischen Veränderungen immer schon eine Dialektik innewohnt. Entscheidend ist, wer über diese Technik verfügt, und wie sie eingesetzt wird. Technik ist nicht zwangsläufig ein Mittel zur Rationalisierung und zur Effizienzsteigerung, sondern kann auch zur Humanisierung der Arbeit genutzt werden.

Das gilt auch für die digitale Transformation. Es würde allerdings zu kurz greifen, die Digitalisierung ausschließlich unter dem Aspekt der Mehrwertproduktion zu betrachten. Die Digitalisierung ist ein gesamtgesellschaftliches

Projekt. Sie betrifft uns am Arbeitsplatz, in der Produktion, im Büro, im Kontakt mit Behörden, dem Finanzamt, dem privaten Zahlungsverkehr, beim Einkaufen, dem nationalen und internationalen Bankgeschäft, der Kreditvergabe, dem Verkehr und nicht zuletzt im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Auch hierzu werden Energie und Rohstoffe gebraucht. Rechenzentren haben einen hohen Energiebedarf und mobile Telefone, Smartphones, Computersysteme, Laptops, Funk- und Fernsehapparate, digitale Kommunikationsplattformen und moderne Medizingeräte benötigen knappe Rohstoffe wie die Metalle der »Seltene Erden« und deren Gewinnung ist mit erheblichen ökologischen wie gesundheitlichen Risiken verbunden.

Überall werden Daten erfasst, verknüpft, gespeichert und unter verwaltungstechnischen und ökonomischen Interessen ausgewertet und damit nicht zuletzt kommerziell in Wert gesetzt und ausgebeutet. Insofern ist es nicht verkehrt, auch von einem digitalen Kapitalismus zu sprechen. Da es im Wesentlichen unsere Daten sind, die von Behörden, den Krankenkassen, dem Finanzamt und privaten Unternehmen genutzt werden, kommt der informationellen Selbstbestimmung und dem Datenschutz eine grundlegende Bedeutung zu. Die EU-Datenschutzgrundverordnung und ihre Umsetzung in bundesdeutsches Recht waren trotz aller Mängel ein Schritt in die richtige Richtung. Richtig ist auch der Schutz der lebenswichtigen »kritischen Infrastruktur«.

Ein besonderes Problem bildet die Künstliche Intelligenz (KI).[2] Der Begriff ist eigentlich ein Widerspruch in sich. Selbst ein selbstlernendes System ist keine Intelligenz, kein kreatives Wesen, sondern ein auf Algorithmen und der zweiwertigen Logik aufgebautes Rechensystem, das vorher eingegebene Datenmengen miteinander verknüpft. Dialektisches Denken, das heißt »Denken in Widersprüchen« (Hegels Kategorie der »bestimmten Negation«), kennt eine sogenannte Künstliche Intelligenz nicht. KI ist konsequente Umsetzung einer rein technologischen Ratio, sie verfügt über kein Gewissen, keine Moral, kennt keine Emotionen und ist garantiert nicht kreativ.

Vorsicht ist geboten, wenn das »kreative Potenzial« von Künstlicher Intelligenz behauptet wird. So handelt es sich bei der von einem Computer erzeugten 10. Symphonie Beethovens lediglich um eine technische Spielerei und keine authentische kreative Leistung, sondern nur um eine aus Versatzstücken und Fragmenten zusammengestückelte Notenschrift. Auch sind die Schach- und Go-Computer nur aufgrund ihrer größeren Rechenleistung schneller als das menschliche Gehirn. Das sind Randerscheinungen.

Dagegen bringt der gerade gehypte Text-Roboter ChatGPT erhebliche Probleme mit sich. Neben technischen Mängeln gibt es grundsätzliche Probleme. Problematisch sind Autorschaft, Quellenrecherche, fehlende oder falsche Quellenangabe. Schlussfolgerungen sind zweifelhaft. Auch hier stellen sich Fragen nach dem Datenmaterial, nach der Einstellung von Suchbegriffen,[3] den Algorithmen, dem Datenschutz, Urheberrecht, Fake News, wer über das Programm verfügt, was es kostet usw.

Ein größeres Problemfeld sind dagegen die sogenannten Sozialen Medien (Facebook, LinkedIn, Messenger-Dienste, YouTube) und die neuen Plattform-Technologien. Internet-Plattformen wie Google, Facebook/Meta, die den öffentlichen Diskurs dominieren, gehören zu den reichsten Konzernen und haben einen erheblichen Einfluss auf Wirtschaft, Politik, auf die Öffentlichkeit und die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt. Politiker nutzen Twitter, Facebook, auch Nicht-Regierungsorganisationen und Gewerkschaften nutzen diese Informations- und Kommunikationskanäle. Gleichzeitig werden diese Kanäle von Rechtspopulisten, Alt- und Neofaschisten, Reichsbürgern, Querdenkern, Esoterikern und Verschwörungstheoretikern aller Art für ihre Propaganda (Rassismus, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit ...) missbraucht. Gewerkschaften, soziale Bewegungen und demokratische Institutionen werden verunglimpft, ethische Grundsätze missachtet.

Während das technische Know-how der Nutzer stetig steigt, geraten demokratische Spielregeln und ethische Prinzipien in der Mediennutzung unter Druck. Filterblasen, Hassbotschaften greifen um sich und gefährden den öffentlichen Diskurs.[4] Aus diesem Grund wäre es sinnvoll, Plattformen nach öffentlich-rechtlichen Maßstäben zu installieren und der privatwirtschaftlichen Konkurrenz die Stirn zu bieten.

Die betriebliche Ebene

Die Digitalisierung hat in den letzten Jahren schon erhebliche strukturelle Veränderungen in der Arbeitswelt mit sich gebracht. Dies betrifft u.a. die Digitalisierung von Behörden, den Bankensektor und auch die Zeitungsverlage. Überall wächst die Sorge um die Arbeitsplätze. Ein Bespiel aus der Verlagsbranche: Schon vor der Corona-Pandemie haben die meisten Verlage ihre Kundencenter geschlossen und den Abonnenten-Kontakt weitgehend auf den digitalen Zugang umgestellt.

In der Pandemie hat sich der Digitalisierungsprozess rasant beschleunigt. Auch wenn die Debatte um mobile Arbeit oder Home-Office schon lange vor der Pandemie begonnen hatte, haben die Unternehmen deutlich auf der Bremse gestanden. Das klassische Home-Office (Heimarbeitsplatz) war die Ausnahme und die mobile Arbeit blieb (Ausnahme Redaktion) selbstverständlich einer betrieblichen Elite vorbehalten.

Die in der Pandemie gemachten Erfahrungen werden zurzeit in unterschiedlichen Formen dazu benutzt, die neoliberalen Vorstellungen von »New Work« betrieblich durchzusetzen. »New Work« wird von den Arbeitgebern als Kampfbegriff gegen das gewerkschaftliche Modell der »Guten Arbeit« und die betriebliche Mitbestimmung in Stellung gebracht. Unter »New Work« verstehen

[2] www.humain-worklab.de sowie Bontrup/Daub (Hrsg.): Digitalisierung und Technik, Köln 2021 und Schröder/Höfers: Praxishandbuch Künstliche Intelligenz, Frankfurt a.M. 2022.

[3] So gab es Tests, die den Suchbegriff Betriebsrat erfragten und – nicht überraschend - keine Antwort erhielten.

[4] Siehe dazu Kapitel 8 »Soziale Medien und Öffentlichkeit« in: Christian Fuchs: Das digitale Kapital, Wien 2021, S. 235–272.

die Arbeitgeber die flächendeckende Einführung von mobiler Arbeit, die Arbeit in Projektgruppen, die Einführung agiler Arbeitsmethoden – und nutzen diese, um Arbeitsplätze im Betrieb durch Desksharing abzubauen, die Arbeit zu flexibilisieren und die Betriebskosten auf die Beschäftigten abwälzen. Die Anwesenheit im Betrieb soll möglichst auf ein Minimum reduziert werden.[5] Dabei setzen die Arbeitgeber unverhohlen auch auf die informelle Arbeitszeiterhöhung (durch unbezahlte Mehrarbeit) und eine allzeitige Erreichbarkeit, die Einführung von Wochenendarbeit bei gleichzeitiger Absenkung der Erschwerniszuschläge. Und dies in Zeiten, in denen die Tarifbindung der Zeitungsverlage republikweit auf ein Minimum gesunken ist.

Das hängt auch mit der fehlenden gewerkschaftlichen Orientierung zusammen. Zwar war der Organisationsgrad der Angestellten schon immer erheblich niedriger als in der Produktion. Aber es hat sich in zunehmendem Maß ein neoliberales Bewusstsein und ein demensprechendes Verhalten verfestigt. Die von der neoliberalen Ideologie propagierte Individualisierung und der flexiblen Anpassung an die betrieblichen Belange prägen das Bewusstsein vieler Arbeitnehmer*innen. Und ein ideologisch implementierter Zwang zur permanenten Selbstoptimierung trägt neurotische Züge der Anpassung, sei es aus Angst oder aus Überzeugung. Er blockiert mit einer eigenen Selbstdarstellungs- und Profilierungssucht solidarisches Verhalten. Dabei werden oft Leitbilder aus den Medien der Kulturindustrie und den Social Media kopiert, die den modischen Lifestyle prägen. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass die Zahl der betriebsratslosen und tariflosen Betriebe zunimmt.

Die betriebliche Erfahrung in der Pandemie zeigt, dass die Arbeitszeiterfassung eine wichtige Stellschraube zur Regulierung der Arbeitszeit darstellt. Sie ermöglicht den Betriebsräten die geleistete Arbeitszeit zu kontrollieren, unbezahlte Mehrarbeit zu dokumentieren und bei der Personalplanung ins Spiel zu bringen. Arbeitgeber, die in ihrem Betrieb Desksharing, flexible Arbeitszeitmodelle und Buchungssysteme nutzen wollen, sollten auch in der Lage sein, die Arbeitszeit zu erfassen.

Während einige Zeitungsverlage sich mit der digitalen Transformation, insbesondere mit der digitalen Ausspielung ihrer journalistischen Inhalte auf Plattformen beschäftigen, um die Verluste im Printbereich auszugleichen, kommt es immer wieder – wie im vergangen Jahr bei der Ostsee-Zeitung – zu Teilbetriebsschließungen. In anderen Betrieben kam es zu Personalabbau durch Altersteilzeit oder in Folge von Produkteinstellungen während der Pandemie.

Auch der Zeitschriftenmarkt bleibt nicht verschont. Die Branche verzeichnet wie auch die Zeitungsverlage eine negative Auflagenentwicklung und sinkende Werbeerlöse. Brancheninsider sprechen von einer Reorganisationsphase, in der vor allem die Arbeitsprozesse grundsätzlich überdacht werden sollen. Gemeint ist damit das Zusammenstreichen des Portfolios. Den radikalsten Einschnitt gibt es aktuell bei Gruner + Jahr. 700 Stellen sollen abgebaut, 500 allein am Standort Hamburg, und 23 Titel gestrichen werden. Nur noch die Kernmarken des Verlagsgeschäfts (»Stern«, »GEO«, »Capital« und „»Stern Crime«) sollen erhalten bleiben. Durch den Verkauf an neue Eigentümer sollen 200 Arbeitsplätze übergehen. Durch Zusammenarbeit mit den RTL-TV-Redaktionen soll es bei den Zeitschriften und den Online-/Digitalversionen zu Synergien kommen. Weiterer Personalabbau ist vorprogrammiert. Selbst die bei Gruner + Jahr verbleibenden restlichen Kernmarken u.a. »Brigitte«, »Gala«, »Schöner Wohnen« sind nicht sicher. Dies ist die hässliche Fratze einer digitalen Transformation, die ohne Rücksicht auf die Beschäftigten und ihre Leistung die Profitinteressen der Kapitaleigner durchsetzt.

Dieser Kahlschlag in der Redaktion wirkt sich auch im Druckbereich aus. Druckindustrie und Papier-, Pappe- und Kunststoffverarbeitende Industrie kämpfen zusätzlich mit Energieproblemen. Dabei überlagert die Energieknappheit die Klimafrage. Wie in der Metall-, Elektro- und Chemieindustrie steht auch hier der Umstieg der Produktion auf erneuerbare und klimaschonende Energien auf der Tagesordnung. Rohstoffknappheit ist weiterhin ein Problem. So hat der Papiermangel bei der Buchherstellung zu Kostensteigerungen geführt, die an die Verbraucher*innen weitergegeben wurden. Mancher Druck von Büchern wurde über Monate herausgezögert.

Insgesamt gestaltet sich der Umstieg auf erneuerbare Energien zurzeit eher schwer. Nicht alle Betriebe sind dazu aktuell in der Lage. Es gibt wohl auch Betriebe, die die Umstellung aus Kostengründen ablehnen und lieber auf eine Verlagerung setzen. Andere reduzieren den Energieverbrauch, auch auf Kosten der Qualität. Wieder andere fahren den Output zurück, wie z.B. Tageszeitungen, die die Seitenzahlen reduzieren oder Produkte zusammenlegen oder Druckobjekte einstellen. In den Zeitungsverlagen gibt es Überlegungen, Ausgaben unter der Woche zu kürzen und in die digitale Ausspielung zu verlagern. Auch über Kurzarbeit wird nachgedacht. Und nicht zuletzt werden die gestiegenen Kosten an den Verbraucher weitergegeben.

3. Handlungsfelder

Für die Arbeit der Fachgruppe sehe ich im Augenblick im Wesentlichen folgende Handlungsfelder:

- Den Organisationgrad in den Betrieben zu erhöhen, um die betriebliche und gesellschaftliche Kraft der Gewerkschaft im Interessenkonflikt besser als bisher zu behaupten.
- In den kommenden Tarifauseinandersetzungen hohe Lohnzuwächse erreichen, um der hohen Inflationsrate wirksam entgegenzutreten.
- Berufliche Ausbildung und Fort- und Weiterbildung stärken.
- Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zu intensivieren, und die Branchenseminare weiter zu entwickeln
- Politische Einflussnahme (nicht nur Lobbyarbeit).

[5] Aber es gibt auch Arbeitgeber, die grundsätzlich kein mobiles Arbeiten zulassen wollen, da sie ihren Beschäftigten unterstellen, dass sie zuhause nicht arbeiten würden.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de